

Kraukauer Zeitung.

1862.

Nr. 55.

Freitag, den 7. März

Die „Kraukauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementpreis: für Kraukau 4 fl. 20 Nkr., mit Versendung 5 fl. 25 Nkr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Nkr. berechnet. — Inserationsgebühren im Freilichtungsblatt für den Raum einer vierzeiligen Zeile für 14 Tage. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Kraukauer Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

VI. Jahrgang.

Ämtlicher Theil.

Nr. 3586.

Rundmachung.

In Folge Aufrufes vom 5. Dezember 1861 sind für die gelösten Enthebungskarten von Neujahrswünschen im laufenden Jahre im Ganzen 524 fl. 97 kr. österr. Währ. eingeflossen, und zwar:

| | |
|---|--------|
| Von dem k. k. Oberlandesgerichte | 20 — |
| der k. k. Universität | 16 60 |
| dem k. k. Stadt- und Festungs-Commando | 10 — |
| dem k. k. Landesgerichte | 36 62 |
| der k. k. Kreisbehörde | 33 75 |
| der k. k. Polizeidirection | 8 10 |
| der k. k. Finanzlandes-Direction | 11 50 |
| dem k. k. Genéralmerie-Regimente | 4 — |
| dem k. k. Postamt | 11 80 |
| dem k. k. Mappen-Archiv | 1 50 |
| dem k. k. Bezirksamte Morgita | 2 10 |
| der k. k. Ferdinand-Nordbahn | 32 30 |
| der k. k. priv. Carl Ludwigsbahn | 11 70 |
| der israelitischen Hauptschule | 1 — |
| der Lazar-Spitals-Direction | 2 30 |
| dem H. Ingenieur der Gasbeleuchtungs-Gesellschaft | 5 — |
| der Handels-Congregation | 17 30 |
| dem Handlungshause Bartl | 9 — |
| dem Handlungshause Biasion | 3 — |
| der Buchhandlung Baumgarten | 4 — |
| der Buchhandlung Wildt | 1 — |
| dem Hauseigentümer Herrn Löbenstein | 25 — |
| dem Hauseigentümer Herrn Hoszowski | — 50 |
| Er. Excellenz Baron Schindler | 10 — |
| Er. Excellenz Bischof Letowski | 1 — |
| dem Hauseigentümer Herrn Gralowski | 5 — |
| dem Kaffellan Wezyk | 2 — |
| Sammlungen beim Grundamte: | |
| des I. Stadtbezirkes | 139 30 |
| des II. „ | 37 10 |
| des III. „ | 62 50 |
| Zusammen | 524 97 |

österreichischer Währung.

Hievon sind nach genauer und gewissenhafter Constatirung der Familienverhältnisse 192 Hausarme nach Maßgabe der Dürftigkeit in Gegenwart der dazu vorgeladenen Vertrauensmänner aus der Gemeinde theilhaft worden.

Indem der Magistrat dies zur öffentlichen Kenntniß bringt, hält er es für seine Pflicht, den hochberzogen Spendern im Namen der Nothleidenden den wärmsten Dank auszubringen.

Magistrat der k. Hauptstadt
Kraukau, am 2. März 1862.

Auf Allerhöchste Anordnung wird für weiland Ihre königliche Hoheit Auguste Mathilde Wilhelmine, Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die Besitzerin von gestern den 6. März angefallen, durch zehn Tage, und zwar unter Einem mit der für weiland Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Marie Sibonie von Sachsen bestehenden Hoftrauer, ohne Abwechslung getragen werden.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster unterzeichnetem Diplom den Major des Artillerie-Comitès Wilhelm Breitthaus als Ritter des Ordens der eisernen Krone dritter Klasse den Ordensstatuten gemäß in den Ritterstand des österreichischen Kaiserthums allergnädigst zu erheben geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 21. Februar d. J. die Versetzung des ersten Ober-Finanzrathes bei der Finanz-Landes-Direction in Agram Joseph Eschoffen in den wohlverdienten Ruhestand zu genehmigen und demselben zugleich in Anerkennung seiner vielfährigen, treuen und ersprießlichen Dienste taxfrei den Titel eines Hofrathes allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschlieung vom 21. Februar d. J. zum ersten Ober-Finanzrath bei der k. k. kroatisch-slavonischen Finanz-Landes-Direction den dortigen zweiten Ober-Finanzrath Daniel v. Stanislavsky zu ernennen und die sich hierdurch erzielende zweite Ober-Finanzrathstelle dem Finanz-Betriebs-Director in Agram Finanzrath Matumbain allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 21. Februar d. J. den Finanz-Betriebs-Director in Eriest mit dem Charakter und dem systemmäßigen Bezügen eines Ober-Finanzrathes allergnädigst zu ernennen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschlieung vom 27. Februar d. J. dem Hauptlehrer zu Neuhof in Böhmen Joseph Krblich in Anerkennung seines vielfährigen eifrigen und ersprießlichen Wirkens im Lehrfache das silberne Verdienstkreuz mit der Krone allergnädigst zu verleihen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Kraukau, 7. März.

Die „Monarchia nazionale“ stellt Folgendes als das Programm des neuen Turiner Ministeriums auf: Die Nation will eine formale, starke und geachtete Regierung, die unerschütterlich an dem Programm der großen Majorität des italienischen Parlaments festhält; die die Unterstützung sämtlicher Kräfte des Landes und sämtlicher christlichen Ueberzeugungen annimmt; die mit fester Hand die Nation leitend, sich nicht durch die Parteien imponiren läßt; die die bestehenden Allianzen und Freundschaften achtend, dieselben zur Herstellung der italienischen Nationalität zu benutzen weiß; welche die militärische Organisation fortführt und die Finanzlage und die Verwaltung des Landes verbessert. Rattazzi habe die Neubildung des Ministeriums übernommen, weil er die Zuversicht hege, daß es demselben mit Hilfe des Parlaments gelingen werde, die Schwierigkeiten zu besiegen.

Wie die „Constituzione“ versichert, hatte sich Rattazzi, von dem Wunsche befeuert, streng verfassungsmäßig zu verfahren, zuerst an die parlamentarische Mehrheit gewandt und den Herren Lanza, Farini und Conforti eine Allianz angeboten. Erst als er von diesen eine abschlägige Antwort erhielt, hätte er sich genöthigt gesehen, zu anderen Combinationen seine Zuflucht zu nehmen.

Der bedeutendste Unterschied zwischen der ersten und zweiten Turiner Ministerliste, schreibt die „Östdeutsche Post“, ist jedenfalls der, daß für das Kriegsdepartement an die Stelle Cialdini's der völlig obscure Petitti getreten ist, der selbst in der Campagne von 1859 keine hervorragende Rolle gespielt hat. Graf Petitti di Roreto — damals noch Oberst im Generalstabe — fungirte eine Reihe von Jahren hindurch als Generalsekretär des Kriegsministeriums. Wahrscheinlich also ein brauchbares und wohlgeschultes administratives Talent, dessen Ernennung den Vortheil hat, jeder signficativen Bedeutung zu entbehren und die Armee sowie das Cabinet nach keiner Richtung hin in Voraus zu engagiren. Hat Rattazzi es darauf abgesehen gehabt, sich vollkommen freie Hand zu wahren und die oberste Gewalt über das Heer Niemanden anzuvertrauen, der irgendwie weinigt und befähigt sein könnte, seine eigenen politischen Pläne vom militärischen Standpunkte aus zu durchkreuzen? oder hat er gute Miene zum bösen Spiele machen müssen, weil Cialdini sich nicht zu seinem Collegen hergeben mochte, nachdem Rattazzi es seine erste Sorge hatte sein lassen, den von Caprera herbeigeleiteten Garibaldi zu empfangen? Auffallend bleibt es unter allen Umständen, daß Rattazzi sich seinen Kriegsminister nicht aus dem Kreise der berühmteren Generale hat wählen können, welche zum Theil, wie Camarmora und Fanti, früher schon dies Departement innegehabt haben. Wenn Beide sind noch von 1859 her, wo Camarmora die Bildung des Garibaldi'schen Freikorps nach Kräften erschwerte, und Fanti im November Garibaldi in der Romagna im Kommado ablösen und die ihm ergebenden Offiziere unter den Truppen der mittel-italienischen Liga verhaften ließ, eben so erbitterte Gegner des Exdictators, wie Cialdini von dem heftigen Zwiste her, den er vor Jahresfrist in der Kammer mit demselben gehabt. Die Ernennung Petitti's scheint daher mindestens zu beweisen, daß diejenigen Militärs, denen die Beförderung des Reichthums ein Greuel ist, Rattazzi in Betreff seiner Verbindung mit dem Einsiedler von Caprera nicht zur Geringen trauen, um nicht zu beforgen, sie könnten sich durch Uebernahme eines Portefeuille's später vielleicht der Armee gegenüber compromittiren. Mehr Glück als mit dem Heere hat der Präsident mit der Marine gehabt, wo der Sieger von Ancona und Gaeta, Admiral Persano, den Platz des ursprünglich designirten unbekanntem Muline eingenommen hat. Für die Flotte ist damit wohl in einer Weise gesorgt, wie der Premier dies wünscht, denn wenn Persano gezeigt hat, daß er Energie zu entwickeln fähig ist, so hat er doch auch bewiesen, daß er ebenfalls einen Grad von Langmuth und Geduld besitzt, dessen sich nicht jeder Seemann rühmen kann. Er wird durch allzu reges Selbstständigkeitsgefühl und Ungehorsam gegen das Kabinetkabinett seinem Chef keine Verlegenheiten bereiten. Der Finanzminister Sella, der angebende Minister des Innern oder der Justiz Cordova sind Nullen, deren Biffer Rattazzi heißt; interessant ist es, daß auch für Letzteren die Beförderung des Departements des Innern, die bekanntlich einen Nagel zum Sarge seines Vorgängers bildete, ein Stein des Anstoßes zu sein scheint. Der Unterrichtsminister Mancini ist ein Neapolitaner und Mann einer berühmten Schriftstellerin.

Als Minister wird er wohl sein, was die Franzosen „Roland sans sa femme“ nennen. Depretis, der zukünftige Arbeitsminister, hat sich vor anderthalb Jahren, in der Eigenschaft eines Prodictators Garibaldi's, auf Sizilien als Organisator versucht und das piemontesische Statut auf der Insel eingeführt, sowie die Annerions-Abstimmung geleitet. Marchese Popoli endlich, dem das Portefeuille des Handels bestimmt ist, der Cousin Napoleons, hat wohl nur die Bedeutung eines Bindegliedes zwischen der italienischen und der französischen Regierung.

Bei dem nächsten Concilium, schreibt man dem „Botschafter“ aus Rom wird den Bischöfen der Auftrag ertheilt werden, darüber zu berathen, wohin Se. Heiligkeit sich zu begeben habe, wenn die politischen Verhältnisse dessen Anwesenheit in Rom nicht mehr möglich machen. Daß sich der Papst übrigens jetzt schon mit dem Gedanken herumtrage, Rom zu verlassen und namentlich sich nach Venedig zu begeben, ist durchaus unwahr, und wir können auf das Bestimmteste versichern, daß wenn Se. Heiligkeit überhaupt Rom verläßt, er sein Asyl keinesfalls in einer italienischen Stadt nehmen, sondern die ihm von einem deutschen Souverän angetragene Gastfreundschaft annehmen wird. Vorläufig sind, wie gesagt, keine Gründe vorhanden, um an eine Aenderung im Status quo zu denken, doch wurden eben en tout cas Vorbereitungen getroffen.

Wie man der „Donau-Stg.“ aus Turin schreibt, hat die Regierung beschlossen, nicht nur den italienischen Bischöfen die Reise nach Rom zur Canonisation der japanischen Märtyrer zu verbieten, sondern auch den fremden Prälaten, welche sich nach Rom begeben, das Betreten des „italienischen Gebietes“ nicht zu gestatten.

In einer Pariser Correspondenz der „Köln. Stg.“ ist die Rede von einer neuen Depesche Thouvenel's, worin er in Rom auf der Nothwendigkeit einer Verständigung mit Italien bestehen will. Sollte auch diese ohne Erfolg bleiben, so würde Herr Thouvenel seine Entlassung nehmen (!).

Der Handelsvertrag zwischen Italien und Frankreich ist so weit fertig, daß schon für die nächste Woche die Unterzeichnung desselben in Paris angekündigt wird.

Wie man aus Paris berichtet, sind die von dem Polizei-Präsidenten Boitelle angeordneten Verhaftungen in Folge gewisser Entdeckungen erfolgt, welche die Thatsache zu constatiren geeignet sind, daß die geheimen Gesellschaften und unter ihnen die für unausrottbar geltende „Marianne“ mehr denn je in ganz Frankreich eine bedeutende Regsamkeit entwickeln.

Ueber den Charakter der Schritte, welche Rußland, England und Frankreich bei der dänischen Regierung haben thun lassen, gibt die dänische „Flyveposten“ in Form einer Interpellation an die „Berlingske Tidende“ folgende Mittheilung: „Kann oder darf das officiöse Organ leugnen, daß von den bezeichneten Großmächten an ihre in Kopenhagen accreditirten Gesandten Instruktionen eingegangen, die auf Folgendes hinauslaufen: 1. daß sie Sr. Majestät dem Könige den Rath ertheilen, an den Grundlagen festzuhalten, welche durch die Bekanntmachung vom 28. Jänner 1852, übereinstimmend mit den in 1851 stattgefundenen Verhandlungen, erzielt worden; 2. daß sie den dänisch-deutschen Streit für eine innere Angelegenheit zwischen Dänemark und Deutschland angesehen? Das oder kann die Redaction leugnen, daß die Gesandten jener Mächte einige Tage, bevor die Redaction diese Nachricht für „falsch“ erklärte, bereits dem Minister des Auswärtigen, Herrn Hall, den Inhalt der ihnen von ihren resp. Regierungen zugegangenen Instruktionen mitgetheilt hatten?“

Aus London wird der B. B. gemeldet, daß die englische Regierung im Begriffe steht, Herrn Mallet vom Handelsamt (denselben, der Herrn Cobden bei den Unterhandlungen mit Frankreich so wichtige Dienste leistete) nach Berlin zu senden, um an den Verhandlungen zum Zwecke der Herstellung eines Handelsvertrages zwischen dem Zollverein und England Theil zu nehmen.

Den Ereignissen in Griechenland gegenüber beobachtet Rußland bis jetzt eine sehr reservirte Haltung, und gibt sich den Anschein, als lege es ihnen keine besondere Bedeutung bei. England hingegen soll dieselben sehr ernst nehmen und arbeitet mit Nachdruck darauf hin, durch eine Uebereinkunft mit Oesterreich und nöthigenfalls durch eine militärische Cooperation die türkischen Grenzen zu Lande und zu Wasser sicher zu stellen. Die Verhandlungen sollen schon weit vorgeschritten sein.

Ueber die Regelung der kurhessischen Angelegenheit durch Oesterreich und Preußen berichtet die B. C.: Oesterreich und Preußen werden beantragen, den Kurfürsten von Hessen zur Einberufung einer Kammer aufzufordern — nicht auf Grund der octroyirten Verfassung von 1831 vorzunehmen, um aus letzterer jene Bestimmungen zu beseitigen, welche entweder bundeswidrig sind, oder die Rechte der hessischen Standesherren beeinträchtigen. So viel über die vorausgegangenen Verhandlungen bekannt geworden ist, waren beide Regierungen von Anfang an darüber einig, die Beseitigung der Verfassung von 1860 und die Wiederherstellung der 1831er zu verlangen; Preußen glaubte aber die Wahlordnung von 1849, welche ebenfalls rechtskräftig zu Stande gekommen und einseitig aufgehoben worden, in dies Verlangen miteinbeziehen zu müssen, während Oesterreich erklärte, durch ein solches Verlangen mit der eigenen Gesetzgebung in Collision zu gerathen, auch daran erinnerte, daß die preussische Fortschrittspartei durch diesen Präcedenzfall sich ohne Zweifel berechtigt finden werde, von der eigenen Regierung die entsprechende Maßregel, nämlich die Wiederherstellung des Wahlgesezes von 1848, zu fordern. Indem dann Preußen das ausdrückliche Verlangen, Oesterreich den ausdrücklichen Protest fallen ließ, kam man überein, wohl als Concession für die hessischen Stände, den Ausschluß des 60er Wahlgesezes aufzunehmen, die Entscheidung zwischen den beiden anderen Wahlgesezen aber der hessischen Regierung anheimzustellen. Wie die „Presse“ erfährt, ist die Formulirung des gemeinschaftlichen Antrages bereits am 4. der österreichischen Regierung durch Herrn v. Werther vorgelegt, von derselben am 5. acceptirt worden und vermuthlich schon an die Bundestags-Gesandten abgegangen.

Die Sternzeitung deutet, indem sie gegen die neuesten Wiener Correspondenzen des Dresdener Journals polemisiert, an, daß sich Oesterreich dem preussischen Standpunkt in der kurhessischen Frage genähert habe.

Nicht nur in Paris und Turin schreibt die F.P.Z. sondern allen von dort kommenden Nachrichten zufolge auch in Berlin sind die Dinge einer Krise zugereift, und die Beschlüsse, welche eine gestern Abend daselbst abgehaltene Verammlung von 2500 Mitgliedern des Nationalvereins, in welcher vorzugsweise die besonders thätigen Herren des N. B. Ausschusses das Wort geführt zu haben scheinen, werden den Eintritt dieser Krise eher beschleunigen als abwenden: keinesfalls, so viel ist heute schon für jedes unbefangene Auge gewiß, wird die Entscheidung im Sinne oder zu Gunsten des Nationalvereins ausfallen. Oesterreich und Preußen haben sich über eine Lösung der kurhessischen Verfassungsfrage geeinigt; darüber weiter unten mehr. Sodann kommen die beiden im Schooße der Commission des preussischen Volkshauses abgegebenen juristisch-wissenschaftlichen Erklärungen des Ministers Grafen v. Bernstorff anlässlich der Anträge in der deutschen und der italienischen Frage offenbar einem entschiedenen Bruch mit den Tendenzen der Fortschrittspartei gleich. Es liegt nahe, daß diese Erklärungen Folge eines Beschlusses des Staatsministeriums sind. Sie geben den Beweis, daß man in Preußen auf die richtige Bahn einzulenken für nothwendig erachtet und erkannt hat, daß einem der revolutionären Principien in die Hände arbeitenden Vorwärtsdrängen nicht länger stillschweigende Unterstützung geleistet werden darf. Die Fortschrittspartei ist natürlich eben so überrascht als erbittert über diese oppositionellen Erklärungen der Regierung und man erzählt merkwürdige Dinge über gefallene Aeußerungen und kundgegebene Absichten. Und auf der anderen Seite sollen aus maßgebendem Munde die Worte vernommen worden sein: „Es geht nicht mehr!“ Sehr erklärlich ist es unter solchen Umständen, daß die in letzter Zeit aufgetauchten Gerüchte über eine Ministerkrise und Kammerauflösung wieder an Conspizenz gewinnen.

Das in Stuttgart erscheinende „Deutsche Monatsblatt“ glaubt versichern zu dürfen, daß diejenigen Regierungen, welche in Berlin die bekannte identische Note überreicht haben, keineswegs gewilligt seien, die jetzt mit Nachdruck angeregten Verhandlungen über die deutsche Bundesreformfrage wiederum ruhen zu lassen. Namentlich sei die württembergische Regierung fest entschlossen, die angebahnten Verhandlungen zu einem Ziele zu bringen.

In der erwähnten neuesten in Stuttgart eingetroffenen Note an das württembergische Ministerium des Auswärtigen legt Antonelli in milder Sprache den vorläufigen Standpunkt dar, den die Curie zu der auf gesetzgeberischem Wege erfolgten Regelung der Angelegenheiten der katholischen Kirche Württemberg's einzunehmen für gut findet. Im Vertrauen auf die

Gefinnung des Königs, von dem zu erwarten sei, daß er den Verpflichtungen seiner Regierung gegenüber den katholischen Unterthanen in loyaler Weise nachkommen werde, verzichtet die Curie darauf, Bewahrung gegen jene Regelung einzulegen, wie sie sich andererseits einer förmlichen Zustimmungserklärung enthält. Dem bischöflichen Ordinariat in Rottenburg hat sie einen modus vivendi für sein Verhalten gegenüber der Regierung vorgezeichnet.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. März.

Eine romanische Deputation in Angelegenheit der orthodoxen romanischen Metropole unter Anführung des Bischofs Schaguna wird, wie nach der „Def. Ztg.“ heute hier erwartet. Wie „Df. u. West.“ meldet ist Bischof Schaguna officiell hierher berufen worden.

Der Herr Statthalter Ritter v. Loggenburg wird in Kürze von Venedig hier erwartet.

Graf Miko ist gestern von Siebenbürgen hier eingetroffen und hatte heute eine Besprechung mit dem siebenbürgischen Hofkanzler Grafen v. Nadassy.

Ueber das Befinden Sr. Durchlaucht des FML. Fürsten Windischgrätz liegt heute folgendes Bulletin vor: In der verflochtenen Nacht war die Athembeklemmung geringer, auch öfter kurz anhaltender Schlaf gestattet. Es stellt sich heute etwas Erleichterung vor. Der k. ungarische Hofkanzler ist von seiner Krankheit so weit hergestellt, daß er bereits Ausfahrten machen kann. Derselbe hat auch heute schon an verschiedenen Orten Besuche abgestattet.

Se. Excellenz der Oberstkämmerer Graf Cancoroni befindet sich wesentlich besser, Schlaf und Appetit sind gut.

Der Reichsrathsabgeordnete Hr. Baumeister Franz Scheibel ist heute gestorben.

Der Generaldirector der österreichischen Staatsbahngesellschaft, Hr. Maniel, ist erkrankt.

Das Gesek über das Avancement in der k. k. Armee wird nach der „Mil. Z.“ in Kürze publicirt werden. „Es soll, bemerkt das genannte Blatt, ein möglichst vollkommenes, allseitig befriedigendes Ganzes bilden und den Forderungen der Zeit und Billigkeit Rechnung tragen. So weit wir in der Angelegenheit unterrichtet sind, dürfte die Armee diesen allerhöchsten Gnadenact mit eben so ungeheilter Dankbarkeit als Beifall begrüßen, da namentlich das Verdienst in jeder Richtung bevorzugt erscheint.“

Den Times wird aus Wien geschrieben, ein fremder Ingenieur habe dem Kaiser ein Project zur Verbesserung des Hafens von Triest vorgelegt, das die Aufmerksamkeit Sr. Majestät erregt habe. Vielleicht, meint die Triester Zeitung, ist damit der Plan des Herrn P. Talabot gemeint, welcher bereits vollendet ist und nächstens an Ort und Stelle den Gegenstand einer reiflichen Beratung bilden soll, an der die Herren Michel und Egel, so wie Vertreter des Municipiums theilnehmen werden.

Der Finanzplan des Herrn Bang, welchen derselbe im Finanzausschusse vorgeschlagen hat, lautet nach der „Presse“ wie folgt: Der Wienerische Bankplan wird zurückgewiesen, das Uebereinkommen zwischen Nationalbank und Finanzministerium nicht ratificirt, das Bankprivilegium nicht verlängert. Es werden 250 Millionen Gulden Staatspapiergeld mit Zwangscours als Steuernoten emittirt und mit diesen 250 Millionen Gulden die Staatsschuld bei der Bank getilgt, welche dafür denselben Betrag der von ihr ausgegebenen Noten einzieht und dem Staate die ihr als Deckung übergebenen 20 Millionen Gulden englisches Anlehen, 123 Millionen Gulden 1860er Staatsloose und die Staatsgüter zurückgibt. Die von der Bank an den Staat zurückgelangten Effecten und Domänen werden zur Deckung des Deficits für 1862 und 1863 verwertet. Bis zum Ablauf ihres Privilegiums hat die Bank den Rest ihrer umlaufenden Noten einzuziehen, so daß mit Ablauf des Privilegiums nur noch die 250 Millionen Gulden Staatsnoten in Circulation bleiben. Sollte sich diese Summe als zu groß zeigen und der Paricours dieser Noten sich nicht behaupten, so ist es die fernere Aufgabe des Staates, den Ueberschuß aus der Circulation zu ziehen, bis der Paricours gewonnen ist.

Ein Bankgesetz bestimmt die Bedingungen, unter denen in allen Theilen des Reichs Escompte- und Girobanken, denen Zettelausgabe nicht gestattet wird, gegründet werden können. Die Hypothekar-Abtheilung der Nationalbank wird in Landesbanken aufgelöst.

Das Anfinnen, den Börsenverkehr auf spätere Abendstunden, sowie auf Sonn- und Festtage auszudehnen, stieß an der gestrigen Börse bei dem weitläufig überwiegenden Theil der Börsenbesucher auf entschiedenen Widerspruch. In dieser Richtung wurde auch eine Petition an die Börsekammer gegen den beabsichtigten Börsenverkehr an Sonn- und Festtagen von fast allen Besuchern unterschrieben.

Die kgl. Statthaltereien in Osn hat auch für Neufahr und Sambor das Standrecht für die Verbrecher des Diebstahls, Raubes und Mordes verkündigt — auf die Dauer eines Jahres.

Auf den Kopf des berühmten Räubers Patko wurde, wie die P. Z. berichten, ein Preis von 400 fl. ausgesetzt, welchen derjenige erhält, der ihn gefangen einbringt oder die Habhaftwerdung desselben wesentlich befördert hat.

Aus der Umgegend von Zara berichtet „Scharfs Corr.“, daß die Bewohner durch das Treiben dreier Räuberbanden in Angst und Schrecken versetzt werden. Neulich wurden von der Bande, die unter Anführung eines gewissen Sina Zaninovich steht, die einsam liegenden Landfische des Deputirten Vittorio Bionio Sebenico und des Grundbesizers P. Kovacic überfallen und daselbst große Erpressungen verübt. Zur Steuer-

ung des Unwesens wurden mobile Kolonnen entsendet und die dalmatinische Statthaltereie hat im Einverständnis mit dem Ministerium der Justiz, der Finanzen und der Polizei eine namhafte Taglia auf die Einbringung des Sina Zaninovich ausgesetzt.

Deutschland.

In der Sitzung des preussischen Herrenhauses ist das Amendement von Daniels, betreffend die Wiederherstellung des Obergerichtshofes als Gerichtshofes über die Minister, mit 70 gegen 43 Stimmen verworfen worden.

Der Frankf. „Zeit.“ wird aus Coburg, 1. März, geschrieben: Den Prinzen von England, welche als Söhne des verstorbenen Prinzen Albert auch Prinzen des herzoglichen Hauses Coburg und Gotha sind, ist in dieser Eigenschaft wegen ihrer Minderjährigkeit ein gemeinsamer Vormund in der Person des Königs Leopold der Belgier bestellt worden; der König hat den Vormundscheid bei dem hiesigen Kreisgericht durch einen Stellvertreter geleistet. Es bedarf wohl kaum der Erwähnung, daß diese Vormundschaft mit der Befestigung über die Regierungsvormundung und mit der Bestimmung des Staatsgrundgesetzes, nach welcher eintretenden Falls der Regierungsvormund der persönliche Vormund des minderjährigen Herzogs sein soll, in keinem Zusammenhange steht.

Der „Karl.“ Ztg. wird von Bruchsal geschrieben: „Zu unserem nicht geringen Erstaunen vernahmen wir, daß seit einigen Tagen auswärts vielfach das Gerücht verbreitet ist, der wegen des Nordversuches auf Sr. Majestät den König von Preußen im hiesigen Zuchtthaus sitzende Dekar Becker sei entflohen, während doch dies nicht nur völlig unwahr, sondern auch gar nichts vorgefallen ist, was zu diesem Gerüchte Anlaß geben könnte.“

Frankreich.

Paris, 3. März. Man fängt an, sich mit dunkeln Gerüchten umzutragen, und die heutige „Moniteur“-Note, welche eine erste Umabmahnung von ferneren Auftritten im Quartier Latin sein soll, bietet einen ganz geeigneten Mittelpunkt dar, um die verschiedenartigsten Befürchtungen um denselben zu gruppieren. So viel ist sicher, schreibt man der „Köln. Ztg.“, daß diese Note geeigneter ist, in den Departements und im Auslande die Vorstellungen, die man sich von der Sachlage macht, ungebührlich zu übertreiben, als unter der studierenden Jugend selbst hieselbst die gewünschte Ruhe und Ordnung wieder herzustellen. Zu all dem Gerede über Unzufriedenheit und beabsichtigte revolutionäre Demonstrationen kommt jetzt nun noch die Nachricht von einer dieser Tage entdeckten republikanischen Verschwörung. Man spricht von Bomben, die aufgefunden worden sein sollen, von Hausdurchsuchungen bei namhaften Führern der rothen Partei von 1848 u. dgl. Thatsache ist, daß eine nicht geringe Anzahl von Verhaftungen vorgenommen worden ist, und daß man sich das Ansehen gibt, als sei man einem sehr gefährlichen Complot auf die Spur gekommen. Es hängt nur von den Umständen ab, in wie weit man diesen Incidenzpunkt in der gegenwärtigen Bewegung von oben herab ausbeuten zu müssen nöthig finden wird. Der in „schändlicher Absicht erfundene Vorfall“, auf den der „Moniteur“ hinweist, bezieht sich auf den angeblich von einem Stadt-Sergeanten bei dem Rufe „A bas les Jésuites!“ durch öhrten Studenten, der auch in deutschen Blättern gepulst hat. Es war an diesem „Polizeimorde“ kein wahres Wort. — Die letzte Nummer des Organs der Pariser Studenten: „Le Travail“ ist wegen der letzten Ereignisse im Quartier Latin mit schwarzem Rande erschienen. Die Bekanntmachung des Unterrichtsministers Betreffs der Zusammenrottungen hat unter den Studenten viel böses Blut gemacht. — Prinz Napoleon hat am Sonntag, dem Tag, nachdem er seine Rede im Senat gehalten, bei dem Kaiser gespeist, und eine lange Unterredung mit ihm gehabt. Die Rede des Prinzen wird bereits in's Italienische übersetzt und soll in 100,000 Exemplaren gedruckt werden. — Heute Abends findet in den Zulierien das letzte Familien-Diner und die letzte „Soiree intime“ der Kaiserin Statt. Die Prinzen und Prinzessinen der kaiserlichen Familie wohnen diesem Diner, das nur aus vierzig Gedecken besteht, regelmäßig an. — Die Handelskammer von Warschau hat eine energische Vorstellung gegen das Zuckerbesteuerungs-Project des Herrn Fould beim Handelsminister einreichen lassen. Die Handelskammer von Bordeaux sprach sich im gleichen Sinne aus. — Die Conferenzen des heil. Vincenz de Paula zu Beauvais, Macon und Lyon (letz. sehr energisch) haben die Vorschläge des Ministers wegen Reconstitution des Generalrats mit einem vom Kaiser ernannten Präsidenten abgelehnt.

Der Pariser „Corr.“ „FP.“ versichert ungeachtet der Moniteur es läugnet, daß bei den letzten Auftritten im Quartier Latin ein Student in Folge eines von einem Polizeisergeanten erhaltenen Gegenstoßes gestorben ist. Am 4. d. heißt es in seinem Schreiben, soll für denselben in einer Kirche des Quartier Latin ein Trauergottesdienst stattfinden, und gerade die Demonstrationen, welche die Regierung bei diesem Anlasse für den Faschnachts-Dienstag besorgt, veranlassen die Veröffentlichung der Drohnote. Uebrigens sind es keineswegs die Studierenden allein, welche Unruhe einflößen. Die Regierung weiß, daß die geheimen und die Arbeitergesellschaften von ihren Führern im Auslande Weisung erhalten, bei jeder Gelegenheit Demonstrationen und Manifestationen zu machen und die Behörden durch Entgegenstellen eines passiven Widerstandes, durch Ruhe nach Arbeit und Brod zu necken und ihre Gebuld zu ermüden. Deshalb befürchtet man auch morgen irgend welche Demonstrationen auf dem Bastillenplatze, und sämtliche Polizeisergeanten, sowohl die regulären mit Dreimaßler und Degen als die irregulären mit Bleisölden, vom Volke, „Bouldogues“ genannt, sind auf den Beinen. Ich könnte Ihnen noch ganz andere Thatsachen erzählen, muß es aber be-

greiflichen Gründen aber unterlassen. In der Provinz ist Aufregung und Besorgniß noch größer als in der Hauptstadt, und die heutige Moniteurnote wird natürlich zahlreiche Familie veranlassen, ihre Söhne aus Paris zurückzurufen. Uebrigens waren auch alle hier befindlichen Divisionskommandanten, Präfecten und Unterpräfecten angewiesen, sofort auf ihre Posten zurückzukehren.

Auch in den Provinzstädten Frankreichs spürt man den Unzufriedenen nach und nimmt Verhaftungen vor. So wurde vor einigen Tagen zu Thann (Departement des Oberrhein) der Schwiegersohn Karl Kestner's, des berühmten Elsäßer Industriellen, ein Herr August Scheurer, nachdem man bei ihm Hausdurchsuchung gehalten hatte, ohne etwas zu finden, verhaftet und dann auf einen von Paris eingetroffenen speziellen Befehl auf die rotheise Weise gefesselt wie ein gemeiner Verbrecher von der Gendarmerie nach Belfort abgeführt. Diese Gewaltthat hat große Aufregung im Lande hervorgerufen. Die beiden Adjuncte, der größere Theil des Gem.inderaths von Thann, die Officiere der Pompiers haben von dem Unterpräfecten, der gerade nach Thann kam, ihre Entlassung verlangt und dieselbe durch die „Infamie“ (diesem Ausdruck, so schreibt man dem Baseler Volksfreund, haben sie gebraucht) motivirt, mit welcher die Regierung gegen einen achtungswerthen Mann verfährt. Innerhalb zwei Tagen haben mehr als 2000 Personen bei der Gattin des Verhafteten ihre Karten abgegeben und derselben so ihr Beileid bezeugt.

Hr. Fould ist mit dem Fortgange der Conversion und ihrem voraussichtlichen Endresultate sehr zufrieden. Natürlich schreibt er einen großen Theil des Mißlingens der herrschenden Stimmung, „Aufregung und Mißtrauen“, welche durch die Reden des Prinzen, durch das Schreiben des Kaisers u. hervorgerufen wurde. Dies veranlaßte, wie man der „FP.“ schreibt, den Finanzminister am Samstag, seine Entlassung einzurufen. An der Börse wollte man zwar wissen, er habe eingewilligt, sie wieder zurückzuziehen, Andere aber versichern, er werde die Leitung der Finanzen nur bis zum 7. März behalten.

Hr. Renan ist, wie man der „Leipz. Ztg.“ schreibt, der Schilling der Madame de Cornu, der Milchschwester des Kaisers Napoleon, welcher große Stücke auf diese Dame hält, trotz ihrer republikanischen Principien. Nach dem Staatsstreich hatte sie mehrere Jahre lang mit dem Kaiser geschmollt, endlich ist jedoch der Friede wieder hergestellt worden und der Einfluß, den die alte geistreiche Frau auf den Kaiser nicht selten ausübt, ist ein sehr großer.

Es war dieser Tage hier in diplomatischen Kreisen so vielfach die Rede von Unterhandlungen zwischen dem österreichischen Botschafter Fürsten Metternich und dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten, welche die Rede des Prinzen Napoleon zum Gegenstand haben sollten, daß es der Mühe lohnte, sich hierüber genaue Auskünfte zu verschaffen. Ein Pariser Correspondent der FP. glaubt, daß die folgende Darstellung die Wahrheit enthält. Nach derselben wird man sich denn auch überzeugen, daß die Mittheilung, welche der „Courrier du Dimanche“ heute in Betreff jener Angelegenheit macht, unvollständig ist. Sofort, nachdem der „Moniteur“ die Rede des Prinzen Napoleon veröffentlicht hatte, richtete Fürst Metternich eine Note an Herrn Thowenel, deren Inhalt ungefähr folgender war. Der Botschafter bedauere, daß ein dem Throne so nahe stehender Prinz unangenehme Anklagen gegen Oesterreich wiederhole. Es gebe in Oesterreich, und also auch in Venetianisch, keine Cerfur mehr, und der von dem Prinzen Napoleon erwähnte Artikel könne daher der öster. Regierung nicht zur Last gelegt werden. Uebrigens hätte diese in der „D.“ jede Gemeinschaft mit dem Artikel vorher schon abgelesen lassen, und dargelegt, daß das „Giornale di Verona“ ein bloßes Privat-Unternehmen sei. Die französische Regierung habe auch die ihr hierüber von der österreichischen gegebenen Erklärungen vollkommen gewürdigt. Schließlich hat Fürst Metternich angedeutet, daß eine bloß diplomatische Erklärung des französischen Gouvernements, die zum Zweck hätte, die Mißstimmung des Wiener Cabinets zu heben, in dem vorliegenden Falle wohl nicht ausreichend wäre. Da der Angriff des Prinzen Napoleon ein öffentlicher war, so dürfte es passend sein, daß die Ablehnung der französischen Regierung es gleichfalls werde. Herr Thowenel antwortete, wie ich glaube, noch denselben Abend und erklärte in seiner Note ungefähr Folgendes: Er hätte dem Kaiser die Vorstellung des Botschafters sofort unterbreitet, und Sr. Majestät hätten ihn zu antworten ermächtigt, daß er das Gefühl, welches dem Botschafter bei seiner Vorstellung geleitet, vollkommen würdige; aber um allen falschen Vorstellungen vorzubeugen, sei es von Wichtigkeit, sofort eine bedeutende Reserve zu machen. Der Verfassung nach könne die Rede eines Senators, und wenn er auch ein Prinz von Geblüt sei, die Verantwortlichkeit der Regierung nicht engagieren. Uebrigens, fügte der Minister hinzu, würde er diesen Punkt in einigen Tagen in einer besonderen Note behandeln. Doch könne er heute bereits auf Befehl des Kaisers die Zusicherung geben, daß eines der officiellen Organe der Regierung die nächste Gelegenheit benutzen würde, um sowohl die Loyalität und Spontanität der früher bereits gegebenen Erklärungen zu bestätigen, als um dem gegenseitig bestehenden guten Einverständnis seine wahre Bedeutung zu geben. Am 26. Februar schrieb Herr Thowenel in der That eine zweite Note an den Fürsten Metternich, welche das in der Note vom 23. vorbehaltene Thema behandelte. Der Minister entwickelte hier ausführlicher den oben schon angedeuteten Satz, daß die Rede, welche Prinz Napoleon gehalten hat, und die Reden, welche er in Zukunft noch halten könnte, nur seine persönliche Ansicht als Senator ausdrücken, da nach den Staatseinstimmungen nur die Minister ohne Portfeuille ermächtigt sind, im Namen der Regierung zu reden. Der

Minister versprach auch in dieser zweiten Depesche die von dem Fürsten v. Metternich beanspruchte Publicität der gouvernementalen Entgegnung. Hierauf antwortete, wie man im auswärtigen Ministerium berichtet, der Botschafter, indem er für die freundliche Weise, in welcher die französische Regierung seine Vorstellungen aufgenommen hatte, danke. Da sie die Gerechtigkeit seiner Ansprüche anerkannt hätte, so gerichte es ihm zur besonderen Genugthuung, den Zwischenfall als vollständig erledigt zu betrachten. Es muß dahingestellt bleiben, ob der österreichische Botschafter diese letzte Erklärung aus eigener Machtvollkommenheit oder nach vorheriger Berathung mit seinem Kabinette abgegeben hat. Das Verleugnen der Gemeinschaft mit den Ansichten des Prinzen Napoleon seitens der französischen Regierung, so sehr es zu erwarten stand, hat doch immer eine gewisse Wichtigkeit, und würde eine noch größere erhalten, wenn die französische Regierung die Wichtigkeit des österreichischen Botschafters nicht annimmt, sondern durch irgend einen ihrer Bedner, vielleicht durch den gewandten Minister Billault, auf den rein individuellen Charakter der Ansichten des Prinzen aufmerksam machen läßt.

Großbritannien.
London, 6. März. Man glaubt, daß die Königin am nächsten Donnerstag nach Windsor übersiedeln wird. Die Prinzessin Alice ist am Samstag Nachmittags in Osborne eingetroffen. — Am Samstag Abends hatten die Beiträge für das Albert-Denkmal die Summe von 37,720 £ erreicht. — Zum Gouverneur von Bombay ist an Stelle des Sir George Russell Clerk, der sich durch Gesundheitsrückichten zum Rücktritte genöthigt sah, Sir Bartle Frere ernannt worden.

Der Secretär der englischen Admiralität, Lord Clarence Paget, setzt die Times davon in Kenntniß, daß das englische Kriegsschiff Plover auf dem Riff von Alvarado bei Vera-Cruz gescheitert ist. Keine Menschen kamen dabei ums Leben.

Die „Times“ beschäftigt sich heute mit der Samstag-Rede des Prinzen Napoleon. Nach einigen starken Angriffen auf die Ultramontanen fährt sie fort: „Nichts kann richtiger sein, als die Ansichten des Prinzen Napoleon, wenn man einmal den Standpunkt gelten läßt, von welchem aus er die Frage betrachtet. Doch wir haben das Alles schon früher gehört und werden es noch später hören. Dennoch läßt sich der Argwohn nicht aus den Gemüthern der Menschen verdrängen, daß ein Prinz von kaiserlicher Geblüte nicht spricht, ohne sich vorher mehr oder weniger mit dem Haupte seines Hauses verständigt zu haben. Eine vorher beschlossene Politik hat sich schon manchmal zum voraus dem Auge in so unbestimmten Umrißen dargestellt und ist doch zur Wahrheit geworden, daß Europa nicht geneigt ist, irgend ein Symptom als unbedeutend außer Acht zu lassen. Möglich, daß auch der Kaiser wartet, und zwar auf den Augenblick wartet, wo der Ultramontanismus in der ganzen Christenheit verhaßt ist, und daß er vielleicht wünscht, auf das, wenn auch noch ferne Herannahen dieses Augenblickes hinzudeuten. Sollte das sich so verhalten, so können die Nationen jubeln und der Prinz Napoleon möge der Herold der frohen Kunde sein. Wir gestehen jedoch, daß wir wenig Vertrauen zu dieser geläufigen Zunge haben, und wir können nicht glauben, daß der Kaiser gerade den Prinzen Napoleon zum Depositar eines Staatsgeheimnisses wählen würde. Herr Billault soll die Politik der Regierung in Bezug auf diese Frage vollständig aus einander setzen, und vielleicht wird es am besten sein, zu warten, bis wir die Rede des Ministers gehört haben, ehe wir versuchen uns ein Urtheil über die Wichtigkeit der Rede des Prinzen zu bilden. Sie ist entweder eine wichtige Mittheilung oder eine unnütze Fanfaronade. Ein Prinz, welcher bereite, energische und philosophische Reden hält, welcher unter gemeiner Inspiration, aber mit dem Scheine der Unabhängigkeit die Wünsche und Befinnungen seines kaiserlichen Verwandten ausdrückt, ist eine große Person. Aber ein Prinz, welcher, „ohne das Banner der jüngern Linie gegenüber der ältern aufzupflanzen“, bloße Oppositionsreden hält, um Aufsehen zu machen, ist sicherlich keine große Person, wenn er gleich sehr unbecquem werden kann.“

Dänemark.
Der St. Ztg. wird aus Kopenhagen geschrieben: Die „Hamburger Nachrichten“ haben kürzlich in einer Correspondenz aus Kopenhagen von einem angeblichen „Constitut“ des preussischen Gesandten mit dem Dänischen Cultus-Minister Bischof Monrad gesprochen, in Folge dessen Escherer um seine Abberufung gebeten habe. Dieser Mittheilung liegt nichts anderes Thatsächliches zu Grunde, als daß der königliche Gesandte dem genannten Prälaten, welcher ihm gegenüber auf einem Balls in scherzhafter Weise sich über die neuesten Eröffnungen der beiden Deutschen Großmächte geäußert hatte, sein Befremden über diese wenig tactvolle Art sofort hat zu erkennen gegeben, und sich hierüber auch dem Dänischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Herrn Hall gegenüber in ähnlichem Sinne am nächsten Morgen ausgesprochen hat. Da der Letztere sein aufrichtiges Bedauern über den Vorfall, zugleich auch die Hoffnung ausgesprochen hat, daß derselbe keine weiteren Folgen haben würde, so wurde auch der königliche Gesandte die Sache als erledigt ansehen. Dies der einfache Sachverhalt eines Vorfalls, welchen nur Uebertreibung die ihm in den „Hamburger Nachrichten“ gegebenen Dimensionen haben verleihen können.

Italien.
In dem Benehmen der französischen Garnison in Rom ist seit kurzem eine auffallende Veränderung vor sich gegangen. Man staunt allgemein, heißt es in einem Schreiben vom 27. v. Mts., über die Hingebung an die Person des Papstes, welche sie zur Schau trägt, und über die Schwofheit, mit der sie jetzt dem Civile begegnet. Bei der Demonstration, die

